

Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 19.12.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:05 Uhr
Ort, Raum: / in Gaststätte Fetisch-Jordan, In der Wiek 12, 49413
Dinklage Gaststätte Fetisch-Jordan, In der Wiek 12, 49413
Dinklage

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Frank Bittner

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Carl Heinz Putthoff

Ratsvorsitzende/r

Herr Robert Blömer CDU

stellv. Ratsvorsitzende/r

Frau Elisabeth Voet CDU

Amtsleiter

Herr August Blömer

Herr Michael Busch

Herr Alfons Echtermann

Schriftführung

Frau Tina Schwarz

Ratsmitglied

| | |
|---------------------------|-------|
| Frau Claudia Bausen | BFD |
| Herr Joseph Behrens | CDU |
| Herr Markus Blömer | SPD |
| Herr Tobias Blömer | BFD |
| Herr Tim Julian Dorniak | CDU |
| Herr Dr. Thomas Gnosa | SPD |
| Herr Daniel Graschat | SPD |
| Herr Ulrich Heitmann | BFD |
| Herr Florian Hinxlage | BFD |
| Herr Paul Johanning | CDU |
| Frau Sabine Meyer | CDU |
| Frau Claudia Meyer-Blömer | Grüne |
| Frau Nicole Niemeier | CDU |
| Herr Andreas Nordiek | CDU |
| Frau Galina Oldenburger | BFD |
| Frau Tanja Ruhe | CDU |
| Herr August Scheper | CDU |
| Herr Wulf Schwarte | CDU |
| Herr Uwe Stephan | CDU |
| Herr Andreas Windhaus | CDU |
| Herr Matthias Windhaus | SPD |

Abwesend:

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Neufassung der Satzung über Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall sowie Fahrt- und Reisekosten für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen der Stadt Dinklage
Vorlage: DS-18-0135
- 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 25.09.2017 -öffentlicher Teil-
- 5 Bebauungsplan Nr. 96.1 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
 - b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0145
- 6 Bebauungsplan Nr. 96.2 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
 - b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0146
- 7 Bebauungsplan Nr. 96.3 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
 - b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0147
- 8 Bebauungsplan Nr. 96.4 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
 - b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0148

- 9** Bebauungsplan Nr. 96.5 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0149
- 10** Bebauungsplan Nr. 79 "Am alten Wasserwerk" - 1. Änderung - (vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB)
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0150
- 11** Bebauungsplan Nr. 95 „Dinklager Ring/Bahler Straße“ – Neufassung - (1. Änderung)
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0151
- 12** Besetzung einer weiteren unbesoldeten Stelle im Verein Pro Jugend Dinklage e.V.
Vorlage: DS-18-0164
- 13** Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für die Jahre 2014 bis 2016
Vorlage: DS-18-0158
- 14** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: DS-18-0137
- 15** Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: DS-18-0141
- 16** 6. Änderung der Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage
Vorlage: DS-18-0144
- 17** Festlegung der Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung
Vorlage: DS-18-0153
- 18** Beratung über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2018
- 19** Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage

für die Jahre 2017 - 2021

- 20** Antrag der SPD-Fraktion nach § 56 NkomVG an den Rat der Stadt Dinklage auf Behandlung und Beratung der Thematik "Soziale Wohnraumförderung"
Vorlage: DS-18-0162
- 21** Antrag des BFD nach § 56 NkomVG an den Rat der Stadt Dinklage auf Behandlung und Beratung der Thematik "Bürgerbefragung Kulturangebot der Stadt Dinklage"
Vorlage: DS-18-0163
- 22** Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
11.09.2017 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS)
06.11.2017 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS)
07.11.2017 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus (FWT)
28.11.2017 Ausschuss für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung (BUS)
05.12.2017 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus (FWT)
- 23** Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten
- 24** Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender R. Blömer eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

Er begrüßt Herrn Heinzel von der Oldenburgischen Volkszeitung, die Mitglieder des Rates, die Vertreter der Verwaltung sowie die anwesenden Zuhörer.

Ratsvorsitzender R. Blömer merkt an, dass die Tagesordnungspunkte 3. „Neufassung der Satzung über Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall sowie Fahrt- und Reisekosten für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen der Stadt Dinklage“ und Top 4. „Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 25.09.2017 – öffentlicher Teil-“ in der Beratungsfolge getauscht werden.

Weiter merkt Ratsvorsitzender R. Blömer an, dass der Tagesordnungspunkt 22 wie folgt lauten müsse:

Anfragen zu Ausschussprotokollen –öffentliche Teile-

11.09.2017 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS)

06.11.2017 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS)

07.11.2017 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus (FWT)

28.11.2017 Ausschuss für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung (BUS)

05.12.2017 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus (FWT)

Im Anschluss stellt Ratsvorsitzender R. Blömer die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Ratsvorsitzender R. Blömer eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Herr Bramlage, Inhaber des Fitness- und Gesundheitsstudio „MEDIFIT“, fragt an wie der Sachstand des Hallenbades sei.

Amtsleiter Echtermann führt aus, dass die Sanierung des Hallenbades voraussichtlich Ende Februar 2018 abgeschlossen sei. Weiter erläutert er, dass eine eventuelle Erweiterung der Öffnungszeiten anstehe.

Herr Bramlage fragt an, wie die Regelung mit den TVD Mitgliedern vorgesehen sei.

Hierzu führt Amtsleiter Echtermann aus, dass die vorhandene Tür zum Saunabereich des TVDs weiter bestehen bleibe, jedoch werde ein Kontrollsystem eingebaut.

Der TVD kann Bänder oder Chips bei der Stadt erwerben und diese weiter an die Mitglieder des TVDs verkaufen. Eine kostenlose Nutzung sei ausgeschlossen. Weiter können die TVD Gäste nur zu den regulären Öffnungszeiten das Hallenbad nutzen.

Herr Bramlage fragt an, ob bereits Hallenzeiten für den neuen Verein ProAktiv zur Verfügung stünde.

Hierzu führt Amtsleiter Echtermann aus, dass nach Rücksprache mit Herrn Grauer (technischer Leiter der Sporthallen) keine Hallenzeiten zur Verfügung stehen. Weiter wurde die Jahn-Sporthalle ins Auge gefasst. Hier ständen Hallenzeiten zur Verfügung. Leider müssen in der Jahnhalle zunächst einige Brandschutzvorkehrungen getroffen werden. Daher ist eine Belegung derzeit ungewiss. Eine Stellungnahme des Landkreises wird erwartet. In den nächsten Tagen wird Herr Bramlage eine Rückmeldung seitens der Stadt Dinklage erhalten.

Auf Bitte von Herrn Ratsvorsitzenden R. Blömer informiert Herr Bramlage die Anwesenden über den Verein ProAktiv.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Ratsvorsitzender R. Blömer schließt die Einwohnerfragestunde

zu 3 Neufassung der Satzung über Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall sowie Fahrt- und Reisekosten für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen der Stadt Dinklage
Vorlage: DS-18-0135

Amtsleiter Echtermann trägt anhand der Durchsacke DS-18-0135 vor.

Er führt aus, dass die bestehende Satzung seit 2002 nicht mehr angepasst wurde. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund habe eine Empfehlung in diesem Jahr herausgegeben. Diese sei Grundlage für die Neufassung der Dinklager Satzung.

Einzelne Anpassungen und Änderungen können der Drucksache entnommen werden.

Mitglied A. Windhaus bedankt sich bei der Verwaltung für die Überarbeitung und Berücksichtigung der Anpassungen. Weiter führt er aus, dass die Beträge weiterhin in der unteren Hälfte des Landkreises liegen, dies sei auf Grund der Einwohnerzahl und der hohen Schulden jedoch angemessen.

Mitglied M. Windhaus bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung und merkt an, dass es immer schwer sei, über die eigene Entschädigung zu beraten. Eine Transparenz sollte daher gegeben sein und es dürfe kein Automatismus der Anpassung entstehen. Die Satzung der Verwaltung könne er mittragen.

Mitglied Heitmann spricht ebenfalls seinen Dank an die Verwaltung aus und führt aus, dass die Transparenz sehr wichtig sei.

Beschluss:

Die Satzung über Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall sowie Fahrt- und Reisekosten für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen der Stadt Dinklage soll gemäß dem vorliegenden Entwurf neu gefasst werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 25.09.2017 -öffentlicher Teil-

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 25.09.2017 – öffentlicher Teil- wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 5 Bebauungsplan Nr. 96.1 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0145

Zu Beginn erläutert Dipl.- Ing. Busch einen kurzen Rückblick auf die Steuerung der Tierhaltungsanlagen.

Beginn:

- **2009** Erste verwaltungsinterne Überlegungen zur Steuerung von Tierhaltungsanlagen
- **2010** ehe. „Landrat Albert Focke ruft Kommunen zum Umdenken auf“ (Erstellung von B-Plänen), Hausstette
- **2011** Ratsbeschluss zur grundsätzlichen Aufstellung von Bebauungsplänen
- **2011** Bildung eines projektbegleitenden Arbeitskreises (VA Beschluss)
- **2012** Erarbeitung von Planungsgrundsätzen (VA) und Erstellung der Fachbeiträge durch die Landwirtschaftskammer
- **2013** Novellierung des BauGB – „Entprivilegierung“ im § 35 BauGB – Erlass von Veränderungsperren (Rat)
- **2016 – 2017** Durchführung der vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungsverfahren

Erarbeitung von fünf Bebauungsplänen für das gesamte Stadtgebiet
Persönliche Befragung (Fachbeiträge) aller 169 Betriebe
Beratung aller „Baufenster“ in zahlreichen Sitzungen des Arbeitskreises
Tierhaltungsanlagen

Übergeordnetes Planungsziel:

Freihaltung der bislang unbebauten Eschflächen – Vermeidung der Zersiedelung des Außenbereiches – Entwicklung am eigentlichen Hofstandort.

Dipl.- Ing. Busch trägt anhand der Drucksache DS-18-0145 vor.

Mitglied Dr. Gnosa führt dazu aus, dass die Bebauungspläne durch die SPD angeschoben wurden. Es seien intensive Diskussionen entstanden und gute Ergebnisse erzielt worden. Augenmerkt sei es, dass keine Verhinderungen erzielt werden, sondern ein Leitfadens zur Erweiterung der Landwirte entstehe.

Sein Dank gilt der Landwirtschaftskammer, dem Arbeitskreis, dem Landvolk, den Planungsbüros sowie allen Landwirten.

Er hofft, dass die gute Zusammenarbeit und der rege Kontakt weiter bestehen bleibt.

Mitglied Meyer bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und führt aus, dass die zunächst vorhandene Angst der Landwirte aus dem Weg geräumt werden konnte. Es seien gute Ergebnisse erzielt worden. Der Heimatschutz und der Schutz der Landwirte standen zu jeder Zeit im Mittelpunkt.

Mitglied Schwarte schließt sich den vorherigen Ausführungen an und merkt an, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung, Arbeitskreis und Landwirte auch in Zukunft wichtig sei.

Mitglied Heitmann merkt an, dass er die Bebauungspläne weiter kritisch sehe,- der Schutz der Natur und Umwelt sollte nicht in Vergessenheit geraten.

Beschluss:

- a) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des B-Planes Nr. 96.1 eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen. Beim Betrieb Nr. 29 soll eine kleinflächige Änderung des Baufensters entsprechend des vorliegenden Antrags erfolgen.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 96.1 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“ (Planzeichnung, Begründung, Umweltbericht) wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig
b) einstimmig

zu 6 Bebauungsplan Nr. 96.2 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0146

Dipl.- Ing. Busch verweist auf die Drucksache DS-18-0146.

Beschluss:

- c) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des B-Planes Nr. 96.2 eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen. Bei den Höfen Nr. 113 und 79 soll, wie in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung vom 28.11.2017 vorgeschlagen, verfahren werden.

- d) Der Bebauungsplan Nr. 96.2 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“ (Planzeichnung, Begründung, Umweltbericht) wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig
b) einstimmig

- zu 7 **Bebauungsplan Nr. 96.3 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“**
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0147

Dipl.- Ing. Busch verdeutlicht anhand der Drucksache DS-18-0147.

Beschluss:

- e) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des B-Planes Nr. 96.3 eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen.
- f) Der Bebauungsplan Nr. 96.3 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“ (Planzeichnung, Begründung, Umweltbericht) wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig
b) einstimmig

- zu 8 **Bebauungsplan Nr. 96.4 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“**
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0148

Dipl.- Ing. Busch trägt anhand der Drucksache DS-18-0148 vor.

Mitglied Meyer-Blömer fragt an, was die „weißen Flächen“ auf der Darstellung bedeuten.

Dipl.-Ing. Busch erklärt, dass dies bestehende Bebauungspläne seien (z.B. B-Pläne „Windkraftanlagen“).

Beschluss:

- g) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des B-Planes Nr. 96.4 eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen.

- h) Der Bebauungsplan Nr. 96.4 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“ (Planzeichnung, Begründung, Umweltbericht) wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig
b) einstimmig

- zu 9 **Bebauungsplan Nr. 96.5 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“**
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0149

Dipl.-Ing. erläutert anhand der Drucksache DS-18-0148.

Beschluss:

- i) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des B-Planes Nr. 96.5 eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen. Abweichung beim Hof Nr. 165 wie im Protokoll der BUS-Sitzung vom 28.11.2017 erläutert.
- j) Der Bebauungsplan Nr. 96.5 „Entwicklungsplan Tierhaltungsanlagen“ (Planzeichnung, Begründung, Umweltbericht) wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig
b) einstimmig

- zu 10 **Bebauungsplan Nr. 79 "Am alten Wasserwerk" - 1. Änderung - (vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB)**
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken
b) Satzungsbeschluss
(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)
Vorlage: DS-18-0150

Dipl.- Ing. Busch verweist auf die Drucksache DS-18-0150.

Beschluss:

- a) Die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken werden entsprechend der Abwägungsempfehlungen in der Anlage zur Drucksache abgewogen.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 79 „Am alten Wasserwerk“ – 1. Änderung – wird einschl. Begründung unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig
b) einstimmig

- zu 11 **Bebauungsplan Nr. 95 „Dinklager Ring/Bahler Straße“ – Neufassung - (1.**

Änderung)

a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen

b) Satzungsbeschluss

(BUS vom 28.11.2017 und VA vom 11.12.2017)

Vorlage: DS-18-0151

Dipl.-Ing. Busch trägt anhand der Drucksache DS-18-0151 vor.

Mitglied M. Windhaus merkt an, dass sich diese Fläche seit fast 20 Jahren im Eigentum der BGE GmbH befinde. In den Gremien wurde bereits mehrmals über die Veräußerung beraten. Er hofft auf eine kurzfristige Ansiedelung von Gewerbe.

Mitglied A. Windhaus trägt dazu vor, dass die Vertragsgestaltung so gefasst sein müsse, dass eine ausschließliche Wohnbebauung ausgeschlossen werde. Als negative Beispiele führt er die Gewerbegebiete „Bollingerkamp“ und „Bollinger Esch“ auf.

Bürgermeister Bittner merkt an, dass ein Vertragsentwurf im Laufe der Woche an die Fraktionsvorsitzenden gesandt wird.

Beschluss:

- a) Die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 95 „Dinklager Ring/Bahler Straße“ – Neufassung – (1. Änderung) wird mit Begründung - unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) – als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig
b) einstimmig

**zu 12 Besetzung einer weiteren unbesoldeten Stelle im Verein Pro Jugend Dinklage e.V.
Vorlage: DS-18-0164**

Amtsleiter Echtermann verweist auf die Drucksache DS-18-0164.

Er führt aus, dass die Regelung zur Besetzung der unbesoldeten Stellen gem. § 71 Abs. 6 Nds. NKomVG erfolgten.

Auf der Jahreshauptversammlung des Vereins Pro Jugend e.V. wurde der Beschluss gefasst, dass künftig zwei Vertreter der Stadt Dinklage dem erweiterten Vorstand angehören sollen.

Mitglied A. Windhaus bedankt sich für die Änderung der Satzung und schlägt Bürgermeister Bittner für diese Stelle vor.

Mitglied Graschtat schließt sich dem Antrag von Herrn A. Windhaus an.

Bürgermeister Bittner merkt an, dass er die Aufgabe sehr gerne wahrnehmen werde und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Beschluss:

Die Besetzung der zweiten unbesoldeten Stelle im Verein Pro Jugend Dinklage e.V. entfällt auf den Bürgermeister Herrn Frank Bittner der Stadt Dinklage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 13 Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für die Jahre 2014 bis 2016
Vorlage: DS-18-0158**

Stadtkämmerer Putthoff führt anhand der DS-18-0158 aus.

Gemäß § 111 Abs. 7 NKomVG entscheidet der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen.

Beschluss:

Die Annahme der in der Sitzungsvorlage DS-18-0158 aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 14 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: DS-18-0137**

Stadtkämmerer Putthoff trägt anhand der Drucksache DS-18-0137 vor.

Beschluss:

Die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Budgets „Hugenkotten“ und „Oberschule“ werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 1 Nein Stimme(n), 23 Ja Stimmen

**zu 15 Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: DS-18-0141**

Stadtkämmerer Putthoff verweist auf die Drucksache DS-18-0141 und erläutert die Gebührenbedarfsberechnung.

Beschluss:

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird - wie bisher - auf 0,85 € je Frontmeter festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 16 6. Änderung der Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage
Vorlage: DS-18-0144

Stadtkämmerer Putthoff trägt vor, dass die Straße „Wiesenweg“ nunmehr fertig gestellt sei und in die Verordnung der Straßenreinigung der Stadt Dinklage aufzunehmen ist.

Mitglied Heitmann fragt an, ob die ausgebaute Anliegerstraße „Wiesenweg“ bereits abgenommen wurde.

Dies wird seitens der Verwaltung verneint.

Beschluss:

Die in der Anlage angefügte 6. Änderung der Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 17 Festlegung der Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung
Vorlage: DS-18-0153

Stadtkämmerer Putthoff verweist auf die Drucksache DS-18-0153.

Mitglied M. Windhaus merkt an, dass sich der Rat vorbehalten könne, einen Wirtschaftlichkeitsvergleich auch unter der Wertgrenze von 1 Mio. € zu fordern. Unter diesen Gesichtspunkt trage die SPD-Fraktion diese Entscheidung mit.

Beschluss:

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gemäß § 12 Abs. 1 KomHKVO wird auf 1.000.000,00 € festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 18 Beratung über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2018

Zunächst bedankt Bürgermeister Bittner sich bei Herrn Putthoff und seinem Team für die geleistete Arbeit und führt anschließend aus, dass der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 zeigt, dass die Stadt Dinklage in der Lage ist, den Ressourcenverbrauch auszugleichen und im Ergebnisplan einen ordentlichen Überschuss in Höhe von 1.687.700 € zu erwirtschaften.

Sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen wurden im Rahmen der internen Haushaltsplanvorbereitung mit Nachdruck auf den Prüfstand gestellt. Mehrerträge und Minderaufwendungen sind aus Sicht der Verwaltung nicht weiter für 2018 zu realisieren.

Ursächlich für diese positive Entwicklung sind die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen des Landes.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen 2016/2017, insbesondere das Aufkommen an der Umsatzsteuer, der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer, führt zu einer Steigerung

der Steuerkraft um 3,98 % gegenüber dem Berechnungszeitraum des Vorjahres, was sich finanziell negativ auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirkt. Für 2018 werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 2.210.000 € und Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten in Höhe von 249.200 € erwartet

Darüber hinaus ist eine Kreisumlage in Höhe von 5.180.000 € zu zahlen. Bei der Ermittlung der Kreisumlage wurde von einem Hebesatz von 40 Punkte ausgegangen; das bedeutet pro Punkt 129.500 € an Aufwendungen.

Die Gewerbesteuererträge wurden mit 4.800.000 € eingeplant. Da sich das derzeitige Anordnungssoll auf rd. 5,2 Mio. € beläuft und das Wirtschaftswachstum für 2018 zwischen 1,9 % bis 2,1 % prognostiziert wird, ist die Festsetzung des Ansatzes in dieser Größenordnung gerechtfertigt.

Die wesentlichen Aufwendungen sind die Personalkosten in Höhe von 3.393.000 € (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt wurden die Personalkosten um 2,81 % gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Gewerbesteuerumlage wurde mit 955.000 € eingeplant. Umgerechnet sind 19,8 % der Gewerbesteuererträge als Umlage zu zahlen. Die Gewerbesteuerumlage - zurzeit 68 Punkte - wird alljährlich neu festgesetzt

Die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen belaufen sich auf 1.740.000 €. Das bedeutet eine Senkung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 50.000 €. Der Landkreis Vechta beteiligt sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 542.000 €.

Die Haushaltsansätze beruhen auf die Haushaltsvoranschläge des Officialats bzw. der Anna-Stiftung auf Basis des Kindergartenjahres 2016/2017.

Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die Abschreibungen zu legen, mit denen sich die Investitionsplanung im Ergebnishaushalt widerspiegelt. Es zeigt sich deutlich, dass durch das Investitionsvolumen und die daraus resultierenden Abschreibungsbeträge der Aufwand im Ergebnishaushalt immer höher und der Haushaltsausgleich dadurch erschwert wird.

Unabhängig von der sorgfältigen Überprüfung aller Ansätze im konsumtiven Bereich spielt damit eine langfristig ausgerichtete Investitionsplanung eine entscheidende Rolle für die Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Im Finanzhaushalt ist der Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf 1.708.100 € und der Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 5.466.100 € festgesetzt. Wesentliche Investitionsmaßnahmen sind:

| | |
|--|-----------|
| 1. Grundschule und Sporthalle Höner Mark – Brandschutz | 400.000 € |
| 2. Grundschule Kardinal-von-Galen (Außenanlagen) | 171.700 € |
| 3. Sanierung des Hallenbades (Nachfinanzierung) | 600.000 € |
| 4. Erwerb von Grundstücksflächen für Gewerbeansiedlung | 800.000 € |
| 5. Bauhof – Grunderwerb und Gebäudeneubau | 980.000 € |
| 6. Neubau Brücke „In der Wiek“ | 150.000 € |
| 7. Kreisverkehr Bahnhofstraße | 385.000 € |
| 8. Erschließungsmaßnahmen | |
| - Pohlkamp | 230.000 € |
| - Am Wehrhahn – 1. Bauabschnitt | 340.000 € |
| - Gewerbeflächen insgesamt | 330.000 € |

Bürgermeister Bittner erläutert kurz den geplanten Investitionswettbewerb.

Es handelt sich hierbei um einen zweistufigen Investorenwettbewerb mit Architektenleistung. Zugelassen werden acht Bietergemeinschaften, bestehend aus Investor und Architekt, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen.

Drei Bietergemeinschaften werden seitens der Stadt Dinklage gesetzt, weitere fünf Bietergemeinschaften werden im Wege einer europaweiten Ausschreibung gelost.

Jede Bietergemeinschaft zahlt auf ein Treuhandkonto einen Betrag in Höhe von 3.500,00 Euro ein. Aus diesem insgesamt 28.000,00 Euro werden Preisgelder an drei Bietergemeinschaften ausgeschüttet, die im ersten Verfahren die „besten“ Entwürfe präsentiert haben.

Mit diesen drei Entwürfen werde dann das zweite Verfahren gestartet. Bürgermeister Bittner geht davon aus, dass Ende Oktober 2018 die erstplatzierte Bietergemeinschaft benannt werden kann, dessen Rathausentwurf umgesetzt werden soll.

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von 350.000 € veranschlagt.

Die Tilgungsleistungen (nur ordentliche Tilgungen) belaufen sich auf 768.500 €, so dass Ende 2018 ein Schuldenstand von 12.281.300 € zu erwarten ist. Basierend auf die Einwohnerzahlen zum 30.06.2016 (13.001 Einwohner) bedeutet dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 945 €.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Dinklage weiterhin angespannt bleiben. Um die Prognose der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung jedoch erfüllen zu können, muss die Stadt ihren Haushalt weiterhin sparsam und wirtschaftlich führen. Dazu gehören genauso Maßnahmen zur Ertragsverbesserung als auch Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung.

Seitens der SPD Fraktion führt Fraktionsvorsitzender M. Windhaus aus.
Er bedankt sich zunächst bei der Verwaltung.

Weiter stellt Mitglied Windhaus fest, dass der Ergebnishaushalt ein deutliches Plus von 1,7 Mio. Euro aufweist, der Finanzhaushalt dagegen weist Auszahlungen in Höhe von 5,4 Mio. Euro und Einzahlungen von 1,7 Mio. Euro aus.

Der Haushalt von 2018 zeigt einen langsamen Schuldenabbau auf. Ursächlich hierfür ist die verbesserte Steuerkraft gegenüber dem Vorjahr. Der Gemeindeanteil von der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie das Gewerbesteueraufkommen sind nach wie vor die wichtigsten Einnahmequellen der Kommune. Insbesondere der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer komme immer mehr Bedeutung zu.

Das im Haushaltsjahr 2018 keine Netto-Neuverschuldung angedacht sei, werte er als positives Signal für die Zukunft.

Mit der verbesserten Steuerkraft der Kommune steige auch die Kreisumlage und insgesamt die Einnahmesituation des Landkreises. Auf der anderen Seite übernehme der Landkreis immer mehr Aufgaben.

Als wichtige Aufgabe sehe er die Förderung des Gewerbes durch entsprechende Konzepte, ungeachtet dessen, dass nur 20 – 25 % der Gewerbesteuererinnahme bei der Stadt verbleiben.

Die freiwilligen Leistungen sind weiterhin auf ihre Notwendigkeit zu prüfen. Ein wichtiger Gesichtspunkt sei die weitere Förderung der Kindertagespflege.

Weiter ist die gute schulische Ausstattung, insbesondere auch die mediale Ausstattung anzumerken. Fraglich ist jedoch, ob der Schulträger immer allen Wünschen der Schulleitung nachkommen muss. Selbstverständlich ist eine gute Unterrichtsausstattung von Nöten, aber entscheidend seien letztlich die Unterrichtsinhalte. In diesen Zusammenhang erinnert M. Windhaus an den seinerzeit gestellten Antrag der SPD-Fraktion, entsprechende Medienentwicklungspläne zu erstellen. Insoweit begrüße er, dass Herr Emke vom Kreismedienzentrum Vechta in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport vortragen werde.

Seitens der CDU Fraktion führt Fraktionsvorsitzender A. Windhaus aus.

Er bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender A. Windhaus weist darauf hin, dass die Entwicklung der Steuereinnahmen positiv zu bewerten sei.

Folglich sei nun ein besonderes Augenmerk auf die Reduzierung der Schulden zu legen.

Mitglied A. Windhaus merkt an, dass der Landesdurchschnitt der pro Kopf Verschuldung vergleichbarer Kommunen bei ca. 650,00 Euro liege.

Um diesen Landesdurchschnitt zu erreichen, müsse der Schuldenstand um 4 Mio. Euro abgebaut werden.

Dies bedeute auch, dass Investitionen in der Größenordnung vergangener Jahre nicht mehr getätigt werden können.

Zukünftige Projekte müssen auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

Dazu dient der im nächsten Jahr terminierte fraktionsübergreifende Workshop.

Dem geplanten Investorenwettbewerb steht die CDU positiv gegenüber.

Das Ergebnis werde zeigen, inwieweit das Projekt umgesetzt werden kann.

Der Haushaltsplan mit Anlagen wird seitens der CDU Fraktion so angenommen.

Seitens der BFD führt Frau Bausen aus.

Sie hebt positiv hervor, dass keine Neuverschuldung geplant sei.

Weiter führt sie aus, dass große Ausgaben wie z.B. die Sanierung des Hallenbades oder die Sanierung der Grundschule Kardinal-von-Galen entstanden sind, diese Maßnahmen nun fast abgeschlossen seien.

Das Bürgerforum steht dem Investorenwettbewerb positiv gegenüber.

Jedoch dürfen die Kosten der Umsetzung nicht außer Acht gelassen werden.

Positiv seien die Erträge aus der Einkommensteuer sowie die Gewerbesteuer zu bewerten.

Kritisch seien vor allem die hohen Planungskosten für externe Planungsbüros der anstehenden Bauleitplanung.

Besonders bei den Planungskosten sehe die BFD Einsparpotenzial.

Negativ aufgefallen sei, die zusätzlichen Kosten für die Anschaffung eines Steuerungsgerätes für das Hallenbad. Dies sei während der Bauarbeiten abhanden gekommen.

Zukünftig sollte der Schuldenabbau weiter vorangetrieben werden. Die Investitionen und freiwilligen Zuschüsse sollten bezüglich der Notwendigkeit gut überdacht werden. Hier wird das Beispiel der Nutzungsentschädigung für die Jahn-Retro-Halle genannt.

Bürgermeister Bittner merkt an, dass bei der Sanierung des Hallenbades eine „Punktlandung“ geglückt sei. Mehrkosten seien durch Einsparungen in anderen Bereichen nicht entstanden.

Mitglied Scheper merkt an, dass der Niedrigzinssatz derzeit der Stadt Dinklage positiv entgegenkommt.

Weiter können jederzeit Vorschläge zur Schuldenreduzierung in den Fachausschüssen abgegeben werden.

Mitglied Scheper merkt an, dass die bereits getroffenen Investitionsentscheidungen, trotz der hohen Verschuldung, von den Bürgerinnen und Bürgern nachvollziehbar seien.

Beantragte Zuschüsse von Vereinen und Verbänden konnten dennoch ausgezahlt werden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 und Haushaltsplan mit Anlagen einschließlich Stellenplan werden –wie vorgelegt- genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 19 Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2017 - 2021

Stadtkämmerer Putthoff trägt ausführlich dazu vor.

Mitglied M. Windhaus führt aus, dass die Stadt Dinklage grundsätzlich noch hohe Investitionen zu tätigen habe, wie z.B. die Sanierung des Freibades.

Weiter führt es aus, dass das Investitionsprogramm zwar nur richtungsweisend sei, dieses aber dennoch mit einer gewissen Konsequenz durchgeführt werden sollten.

Beschluss:

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2017 bis 2021 wird in der vorgelegten Form angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 20 Antrag der SPD-Fraktion nach § 56 NkomVG an den Rat der Stadt Dinklage auf Behandlung und Beratung der Thematik "Soziale Wohnraumförderung" Vorlage: DS-18-0162

Ratsherr M. Windhaus schlägt vor, nach Behandlung des Antrages am 17.02.2018, die weitere Beratung in den Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales zu verweisen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Dinklage überweist den Antrag der SPD-Fraktion an den Ausschuss für Jugend-, Familie und Soziales zur weiteren Vorbereitung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- zu 21 Antrag des BFD nach § 56 NkomVG an den Rat der Stadt Dinklage auf Behandlung und Beratung der Thematik "Bürgerbefragung Kulturangebot der Stadt Dinklage"**
Vorlage: DS-18-0163

Ratsmitglied Hinxlage führt aus, dass Ziel der Befragung sei, ein attraktives Kulturangebot für die Stadt Dinklage zu gestalten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Dinklage überweist den Antrag der BFD-Fraktion an den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport zur weiteren Vorbereitung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- zu 22 Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-**
11.09.2017 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS)
06.11.2017 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS)
07.11.2017 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus (FWT)
28.11.2017 Ausschuss für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung (BUS)
05.12.2017 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus (FWT)

Es liegen keine Anfragen zu den Ausschussprotokollen –öffentliche Teile- vor.

- zu 23 Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten**

Bürgermeister Bittner teilt mit, dass in diesem Jahr auf Weihnachtspräsente verzichtet wurde. Dafür werde die Verwaltung einen Betrag von je 250,00 Euro an die Fördervereine der Schulen in Dinklage spenden.

(GS Höner Mark, GS Kardinal-von-Galen und Oberschule)

Die Vorsitzenden der Fördervereine werden entsprechend darüber unterrichtet.

- zu 24 Anfragen und Anregungen**

Mitglied M. Blömer fragt an, wie der derzeitige Sachstand der Flüchtlingsthematik sei.

Amtsleiter A. Blömer führt aus, dass derzeit, beide Flüchtlingswohnheime, bis auf wenige Plätze belegt seien. Auch seien die insgesamt 23 angemieteten Häuser und Wohnungen bis auf 2 Mietobjekte weiterhin von Flüchtlingen bewohnt.
Ein größeres Mietobjekt sei zum 31.01.18 gekündigt und bei einem weiteren laufe der Mietvertrag zum 31.05.2018 aus.

Weiter fragt Mitglied M. Blömer an, wann der Fahrstuhl des TVDs eingebaut werde.

Bürgermeister Bittner führt aus, dass der Fahrstuhl bis zum 24.12.2017 eingebaut werde.

Mitglied Scheper regt an, zukünftig besser über Informationen des Vereins ProJugend e.V. informiert zu werden. Er schlägt eine halbjährliche/-jährige Berichterstattung vor.

Mitglied Niemeier fragt an, wieviel Flüchtlinge anerkannt wurden.

Amtsleiter A. Blömer teilt mit, dass nach seiner Kenntnis bislang keine Anerkennung als Asylberechtigter erfolgte. In der Regel erhielten die Flüchtlinge einen sogenannten Subsidiären Schutzstatus und eine entsprechende befristete Aufenthaltserlaubnis.

Bürgermeister Bittner erläutert kurz die Bedeutung des Subsidiären Schutzes.

Robert Blömer
Vorsitzender

Tina Schwarz
Protokollführung

Frank Bittner
Bürgermeister